

CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika



Jahrgang 33/2018 No. 5-8

**abgeschlossen am
1. August 2018**

	<u>Seite</u>
1. Präsident Trump nominiert Brett Kavanaugh für <i>Supreme Court</i>	1
2. Senat hebt die Bedeutung der Nordatlantischen Allianz für die Weltordnungspolitik der USA hervor	4
3. Sonderstaatsanwalt Mueller erhebt Anklage gegen russische Hacker	8
4. <i>Defense Authorization 2019</i> im Vermittlungsausschuss	9
5. Senat bestätigt Gina Haspel als neue Chefin der CIA	12
6. Republikanische Einwanderungsreform scheitert im Repräsentantenhaus	15
7. Führende Demokraten im Senat kritisieren Präsident Trumps Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran	16
8. Anhörungen im Senat zu neuem Ermächtigungsgesetz für den Krieg gegen den internationalen Terrorismus	18
9. <i>Speaker Ryans</i> Rückzugsankündigung löst Kampf um Nachfolge aus	21

1. Präsident Trump nominiert Brett Kavanaugh für *Supreme Court*

Präsident Donald Trump hat am 9. Juli 2018 den Bundesrichter Brett Kavanaugh als Nachfolger für *Supreme Court Justice* Anthony McLeod Kennedy nominiert. Kennedy hatte kurz zuvor überraschend seinen Rücktritt zum Ende der Sitzungsperiode des Verfassungsgerichts angekündigt.

Die Entscheidung über die Nachfolge Kennedys wird als besonders bedeutsam betrachtet, weil er in vielen knappen Entscheidungen (5 gegen 4 Stimmen) die ausschlaggebende Stimme war („swing vote“), die die Urteile in eine konservative oder progressive Richtung wendete.

Für Präsident Trump und die Republikaner bietet sich damit die Gelegenheit die im Wahlkampf versprochene konservative Ausrichtung des Obersten Bundesgerichtshofs voranzutreiben. Für die Demokraten ist genau dies ein Problem, weil sie eine Rücknahme oder Beschneidung früherer durch den *Supreme Court* abgesicherter Rechte befürchten.

Trump hatte Brett Kavanaugh aus einer Liste von möglichen Kandidaten ausgewählt, die unter Federführung der *Federalist Society*, einem Verband strikt konservativer Juristen, zusammengestellt wurde. Trumps Zusage, sich in der Auswahl von Kandidaten für die Bundesgerichte an konservative Empfehlungen zu halten, war eine der wichtigsten vertrauensbildenden Maßnahmen gegenüber der Partei vor der Wahl 2016.

Der 53-jährige Brett Kavanaugh schloss seine Ausbildung an der *Yale Law School* 1990 mit einem *Juris Doctor* (J.D.) ab. Nach seinem Referendariat arbeitete Kavanaugh als Assistent von *Independent Counsel* Ken Starr, dessen Untersuchung 1998 in dem *Impeachment*-Verfahren durch das republikanisch kontrollierte Repräsentantenhaus gegen Präsident William Jefferson „Bill“ Clinton mündete.

Kavanaugh schloss sich danach der renommierten Anwaltskanzlei *Kirkland & Ellis* mit Sitz in Chicago (Illinois) an. Unter Präsident George W. Bush arbeitete er zunächst als Assistent von *White House Counsel* Alberto Gonzalez, ab 2003 als Assistent des Präsidenten und als *White House Staff Secretary*, eine Schlüsselposition, durch die der Fluss aller offiziellen Dokumente an den Präsidenten organisiert und kontrolliert wird.

2006 nominierte Präsident Bush Kavanaugh für den einflussreichen *US District Court of Appeals for the D.C. Circuit*. Obwohl es in den Ausschussanhörungen im Senat scharfe parteipolitische Differenzen gab, stimmten 57 Senatoren für und nur 36 gegen ihn.

Die *American Bar Association* (ABA) hatte Kavanaugh ursprünglich als „well-qualified“ bewertet. 2006 stufte ihn die ABA jedoch auf „qualified“ herab, die mittlere Kategorie der dreistufigen Skala, mit „not qualified“ als dritter Option.

Während die Begründungen dieser Einschätzungen geheim gehalten werden, verlautbarte die ABA, dass in Kavanaughs Fall nicht die formalen Qualifikationen, sondern die mangelnde Breite der Erfahrung vor Gericht den Ausschlag gegeben habe. Eine aktuelle Bewertung steht noch aus.

Die gegenwärtige Debatte im Senat dreht sich allerdings weniger um die juristische Qualifikation oder bisherige Karriere Kavanaughs. Im Vordergrund stehen vielmehr seine inhaltlichen Positionen und Stellungnahmen.

Die Demokraten befürchten, dass Kavanaugh auf Grund seiner bisherigen juristischen Analysen und Entscheidungen die zentralen verfassungsrechtlichen Interpretationen der Rechte von Frauen, Minderheiten und Arbeitnehmern in Frage stellen könnte.

An erster Stelle der Kritik stehen für die Demokraten dabei die Absicherung des Abtreibungsrechts sowie die Einschätzung der Befugnisse des Präsidenten im Verfassungssystem gegenüber der Legislative und Judikative. In beiden Fällen befürchten die Demokraten eine verfassungsrechtliche Kehrtwende, ob nun in kleinen Schritten oder aber in Form einer expliziten Zurückweisung früherer Grundsatzurteile des *Supreme Court*.

Einfach verdeutlichen lässt sich dies an der Entscheidung des Supreme Court im Fall Roe v. Wade (1973), die Frauen das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch einräumt. Kavanaugh hat sich in seiner Karriere wiederholt kritisch über die Begründung der Entscheidung von 1973 und das grundsätzliche Recht des Schwangerschaftsabbruchs geäußert.

Wie andere konservative Kandidaten der letzten Jahre für Bundespositionen dürfte auch Kavanaugh seinen Respekt für Grundsatzentscheidungen des Verfassungsgerichts bekunden (*Stare Decisis*), ohne sich jedoch in der Sache für zukünftige Fälle festzulegen. Das bedeutet, dass Grundsatzurteile bis zu dem Zeitpunkt Bestand haben dürften, bis zu dem sie durch neue Grundsatzurteile des *Supreme Court* außer Kraft gesetzt werden.

Vor dem Hintergrund der laufenden Ermittlungen zu den russischen Eingriffen in den Präsidentschaftswahlkampf von 2016 und einer möglichen Verstrickung von Trumps Kampagne in die widerrechtlichen Einflussnahmen (siehe Punkt 3) steht auch Kavanaughs Einschätzung der verfassungsrechtlichen Stellung des Präsidenten in der Kritik.

Unter den Vorzeichen der Ermittlungen des unabhängigen Sonderstaatsanwalts Ken Starr gegen Präsident Clinton hatte Kavanaugh insbesondere eine Position vertreten, die eine sehr weitreichende Grundlage für eine Amtsenthebung des Präsidenten (*Impeachment*) propagierte. Nicht nur Falschaussagen unter Eid (*Perjury*), so Kavanaugh, sondern auch Falschaussagen des Präsidenten gegenüber der Öffentlichkeit seien verfassungsrechtlich hinreichende Gründe für eine Amtsenthebung.

Nach den Erfahrungen der Präsidentschaft von George W. Bush argumentierte Kavanaugh jedoch in eine entgegen gesetzte Richtung. Nach seiner Auffassung sollten Präsidenten während ihrer Amtszeit von jeder Art juristischer Verfahren ausgenommen werden, um ihre Fähigkeit zur Ausübung des anspruchsvollen Amtes nicht zu beeinträchtigen. Kavanaugh räumte in diesem Zusammenhang aber auch ein, dass eine solche explizite Immunsierung des Präsidenten durch den Kongress gesetzlich geregelt werden sollte.

Ungeachtet der wechselnden verfassungsrechtlichen Argumentationen Kavanaughs dürften für die Republikaner und die Demokraten im Senat politische Kalküle im Vordergrund stehen.

Mit Blick auf die Kongresswahlen 2018 (Midterm Elections) versuchen Präsident Trump und die Republikaner ihre Basis durch die Ernennung konservativer (Verfassungs-) Richter zu mobilisieren.

Umgekehrt wollen die Demokraten ihre Basis durch den Verweis auf die Gefährdung wichtiger Rechte zum Gang zur Wahlurne bewegen. Auch wenn Demokraten Mehrheiten für ihre Seite in Umfragen beanspruchen können, hat dies kaum Einfluss auf die Entscheidungen der Fraktionen im Senat.

Die Demokraten haben im Senat nach der Abschaffung des Filibusters auch für die Nominierung von Richtern für den Supreme Court kaum Chancen eine solche Nominierung des Präsidenten zu verhindern. Im besten Fall können sie den Bestätigungsprozess durch die Anforderung weiterer Unterlagen eines Kandidaten verzögern.

Potenziell kritische Stimmen innerhalb der republikanischen Mehrheitsfraktion im Senat haben bereits ihre Unterstützung für Kavanaugh signalisiert. Einwände vom konservativ-libertären Flügel gegen Kavanaugh hatte vor allem Senator Rand Paul (R-Kentucky) erhoben, dann aber relativiert. Mögliche Vorbehalte auf der Basis von *Roe v. Wade* hatten die Senatorinnen Susan Collins (R-Maine) und Lisa Murkowski (R-Alaska) angedeutet.

Mehrere demokratische Senatoren und Senatorinnen, die im November in Bundesstaaten zur Wiederwahl anstehen, die Präsident Trump mit klaren Mehrheiten gewonnen hat, stehen unter starkem politischen Druck für Kavanaugh zu stimmen. Zu nennen sind hier Joseph Simon „Joe“ Donnelly (D-Indiana), Mary Kathryn „Heidi“ Heitkamp (D-North Dakota) sowie Joseph Anthony „Joe“ Manchin (D-West Virginia), die schon für Trumps ersten konservativen Kandidaten für den Supreme Court, Neil Gorsuch, gestimmt hatten (vgl. Congress Report, 32, 2017, Heft 1-4, S. 4 ff.).

Ungeachtet aller taktischen Manöver und strategischen Positionierungen von Demokraten und Republikanern in den anstehenden Anhörungen Kavanaughs im Senat stehen die Auseinandersetzungen unmissverständlich unter den Vorzeichen der Kongresswahlen im November 2018.

2. Senat hebt die Bedeutung der Nordatlantischen Allianz für die Weltordnungspolitik der USA hervor

Der Senat hat kurz vor dem NATO-Gipfeltreffen am 11./12. Juli 2018 in Brüssel und dem amerikanisch-russischen Gipfel in Helsinki am 16. Juli die unverrückbare Bündnisverpflichtung der USA im Rahmen des Nordatlantikvertrages unterstrichen.

Die Entscheidung fiel am 10. Juli 2018 mit der überwältigenden Mehrheit von 97:2 Stimmen im Rahmen einer Anweisung („motion to instruct“) für die Verhandlungen mit dem Repräsentantenhaus im Vermittlungsausschuss über die Vorlagen zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das Haushaltsjahr 2019 (*National Defense Authorization Act*, NDAA, vgl. auch Punkt 4).

Lediglich die Republikaner Rand Paul (Kentucky) und Mike Lee (Utah) stimmten gegen die „motion to instruct“, die auf die Initiative des demokratischen Senators John Francis („Jack“) Reed (Rhode Island) zurückgeht. Senator John McCain (R-Arizona) war bei der Abstimmung krankheitsbedingt nicht anwesend.

Ziel der Abstimmung war es eine klare Botschaft an die USA und ihrer NATO-Verbündeten, aber auch an Russland zu senden, „that the United States is unwavering in its support of a Europe free from the threat of external aggression and in support of the rules-based international order that has promoted international security for decades“, wie Senator Reed es formulierte.

Die NATO war 1949 mit dem Nordatlantikvertrag als transatlantische Sicherheits- und Wertegemeinschaft ins Leben gerufen worden. Ihr gehören derzeit 29 Mitgliedsstaaten an. Im Nordatlantikvertrag unterstreichen die Vertragsparteien, dass sie entschlossen sind, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“. Im Artikel 5 vereinbarten die Vertragsparteien darüber hinaus, „dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird“.

Donald Trump hatte die NATO zu Beginn seiner Präsidentschaft kurzerhand als „veraltet“ bezeichnet (vgl. Congress Report, 32, 2017, Heft 5-8, S. 14 ff.) und im Vorfeld des NATO-Gipfels 2018 erneut eine „faire“ Lastenteilung zwischen den Vertragsparteien verlangt. „Getting ready to leave for Europe. First meeting – NATO“, twitterte Trump am 10. Juli 2018 und fuhr fort: „The U.S. is spending many times more than any other country in order to protect them. Not fair to the U.S. taxpayer“.

Der damit verbundenen tiefen Verunsicherung im transatlantischen Raum suchten Demokraten *und* Republikaner im Senat mit ihrer Verhandlungsanweisung für den Vermittlungsausschuss zum NDAA 2019 politisch etwas entgegenzusetzen.

Der Senat unterstrich

- die Vertragsverpflichtungen der USA im Rahmen der NATO „as a community of freedom, peace, liberty, security, and shared values, including liberty, human rights, democracy, and the rule of law“;
- „the ironclad commitment of the United States to its obligations under Article 5 of the North Atlantic Treaty to the collective self-defense of the North Atlantic Treaty Organization alliance“.

Darüber hinaus wurde Präsident Trump aufgefordert „to urgently prioritize the completion of a comprehensive, whole-of-government strategy to counter malign activities of Russia that seek to undermine faith in democratic institutions in the United States and around the world, and to submit that strategy to Congress without delay“.

Außerdem unterstrich die Kammer in ihrer „motion to instruct“ die Unterstützung der USA „for the rules-based international order“.

Aus der Sicht des Senats geht es für die USA darum, weiterhin ein internationales System zu befördern, „that benefits all nations, and for deepening and expanding alliances and partnerships to jointly work with one another on shared challenges in Europe and the Indo-Pacific Region and throughout the world“, wie es wörtlich heißt.

Die 97 Senatoren setzen sich damit ausdrücklich von Trumps nationalistischer Sicherheitsstrategie des „America First“ ab, die exklusiv auf den harten amerikanischen Machtvortrag setzt und die Werteorientierung und moralische Glaubwürdigkeit der USA als Weltführungsmacht als strategisch nachrangig betrachtet (vgl. Congress Report, 32, 2017, Heft 11-12, S. 13 ff.).

Donald Trump hatte auf dem NATO-Gipfel in Brüssel noch einmal unterstrichen, dass die NATO-Partner mehr und die USA weniger für die Allianz ausgeben müssten. Die 2014 vereinbarte Zwei-Prozent-Richtlinie („guideline“) der NATO-Verbündeten für die Verteidigungsausgaben möchte der amerikanische Präsident gar verdoppelt und im Vier-Prozent-Bereich angesiedelt sehen. „We’re the schmucks that are paying for the whole thing. I’ll see NATO and I’ll tell NATO, „You’ve got to start paying your bills““, wurde der Präsident im Vorfeld des NATO-Gipfels in Brüssel zitiert.

Ende Juni 2018 wurde von der *Washington Post* in diesem Zusammenhang berichtet, dass Trump sich sehr überrascht darüber gezeigt habe, dass in Deutschland 35.000 amerikanische Soldaten stationiert sind.

Studien des amerikanischen Verteidigungsministeriums zu einer möglichen, teilweisen Verlegung dieser Truppen in andere NATO-Staaten wurden vom Weißen Haus nur halbherzig dementiert, auch wenn das Pentagon sich beeilte zu erklären, dass solche Studien Routine seien. „The Pentagon regularly reviews force posture and performs cost-benefit

analysis“, so ein Sprecher des Ministeriums, der hinzufügte: „This is nothing new. Germany is host to the largest U.S. force presence in Europe – we remain deeply rooted in the common values and strong relationships between our countries“.

Ohne Zweifel ist die transatlantische Gemeinschaft nicht nur eine Sicherheits-, sondern auch eine Wertegemeinschaft und die NATO bisher ein wichtiges politisches Führungsinstrument der USA in ihrem globalen Machtvortrag.

Diese Position stärkt auch eine durch das Repräsentantenhaus am 11. Juli einstimmig verabschiedete Resolution (*House Resolution 256*) von Steve Cohen (D-Tennessee), die die Funktion der NATO als „the most important and critical security link between the United States and Europe“ betont. Die Resolution kann eingesehen werden unter: <https://www.congress.gov/bill/115th-congress/house-resolution/256>.

Die *New York Times* führte kurz vor dem Brüsseler Gipfel zur Gesamthematik Folgendes aus: „NATO is not a golf club, and money, the only thing Mr. Trump prizes, is just one, narrow measure of the costs and benefits of belonging. (...) Mr. Trump is burning all credit the United States has accrued with our allies across decades by attacking the basis of this alliance – thus deliberately or not, doing the bidding of Mr. Putin in his quest to divide the West“.

Den amerikanischen Präsidenten hielt diese Kritik freilich nicht davon ab, dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg beim Treffen in Brüssel zu erklären: „Many countries are not paying what they should, and, frankly, many countries owe us a tremendous amount of money from many years back“. Dann fügte Trump noch hinzu: „They’re delinquent, as far as I am concerned, because the United States has to pay for them“. Deutschland wurde vom 45. Präsidenten der USA gar zum Gefangenen von Russland („Germany is a captive of Russia“) erklärt und Stoltenberg wurde aufgefordert darauf einen Blick zu werfen.

War das große Unbehagen im amerikanischen Senat an Trumps NATO-Politik im Vorfeld des Gipfels von Brüssel über die Parteigrenzen hinweg schon sehr manifest, so schwoll es nach dem Gipfeltreffen mit Russlands Präsident Vladimir Putin in Helsinki am 16. Juli 2018 weiter an. Trump hatte in Helsinki in einer Pressekonferenz mit Putin eine Einmischung Russlands in die Präsidentschaftswahlen 2016 verneint und den Eindruck eines fast schon partnerschaftlichen Verhältnisses zu Russland erweckt (vgl. auch Punkt 3).

Das stand im eklatanten Gegensatz zur Einschätzung der amerikanischen Nachrichtendienste. Die hatten in einem Bericht mit dem Titel: „Assessing Russian Activities and Intentions in Recent Elections“ vom 6. Januar 2017, der am 3. Juli 2018 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, festgestellt, dass sich Russland auf Geheiß Putins in den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf eingemischt hat. Ziel war es demnach den demokratischen Entscheidungsprozess in den USA zu unterminieren und die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton zu diskreditieren. Das ursprünglich als

streng geheim eingestufte Dokument kann eingesehen werden unter: https://www.dni.gov/files/documents/ICA_2017_01.pdf. Der stellvertretende Justizminister Rod Rosenstein hat zwischenzeitlich Anklage gegen 12 russische Nachrichtendienstmitarbeiter erhoben, denen vorgeworfen wird, das Computersystem der demokratischen Partei während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 infiltriert zu haben.

Trump ruderte nach der heftigen Kritik in den USA an Ton und Inhalt seiner Pressekonferenz mit Putin in Helsinki zurück und räumte eine Einmischung Russlands in die Präsidentschaftswahlen 2016 dann doch als möglich ein. Die tiefgreifende Irritation und Empörung von Demokraten und Republikanern im Senat konnte das nicht stoppen.

Prototypisch für die republikanische Kritik ist die Einordnung von Präsident Trumps Auftritt in Helsinki durch John McCain (R-Arizona), dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Senat. McCain kritisierte Trumps Einlassungen als „tragischen Fehler“. Der amerikanische Präsident habe sich mit Putin gemein gemacht und es falle schwer, Trumps „Sympathie für Autokraten“ zu verstehen. „Coming close on the heels of President Trump’s bombastic and erratic conduct towards our closest friends and allies in Brussels and Britain, today’s press conference marks a recent low point in the history of the American Presidency“, so der republikanische Senator, der dann noch Folgendes an die Adresse Donald Trumps ausführte: „No prior president has ever abased himself more abjectly before a tyrant. Not only did President Trump fail to speak the truth about an adversary; but speaking for America to the world, our president failed to defend all that makes us who we are – a republic of free people dedicated to the cause of liberty at home and abroad“.

In den Reihen der Demokraten kam der Vorwurf des Hochverrats durch Präsident Trump in Helsinki auf. John Brennan, früherer CIA-Direktor während der Präsidentschaft Barack Obamas, erklärte via *Twitter*: „Donald Trump’s press conference performance in Helsinki rises to and exceeds the threshold of high crimes and misdemeanors. It was nothing short of treasonous“.

Charles („Chuck“) Schumer, *Senate Minority Leader*, verlangte Aufklärung darüber, was beim zweistündigen Vieraugengespräch zwischen Trump und Putin in Helsinki inhaltlich besprochen wurde und kündigte Anhörungen an. „What could possibly cause President Trump to put the interests of Russia over those of the United States? Millions of Americans will wonder if the only possible explanation for this dangerous behavior is the possibility that President Putin holds damaging information over President Trump,“ so Schumer. Trump zeigte sich derweil ungerührt, erklärte das Treffen mit Putin zum „großen Erfolg“, und kündigte an, dass er sich mit dem russischen Präsidenten noch in diesem Jahr ein zweites Mal zu einem Gespräch treffen wolle. Zwischenzeitlich ist das Weiße Haus davon allerdings wieder abgerückt und spricht von einem erneuten Gipfeltreffen zwischen Trump und Putin im Jahr 2019.

3. Sonderstaatsanwalt Mueller erhebt Anklage gegen russische Hacker

Sonderstaatsanwalt Robert Mueller hat am 13. Juli 2018 beim *US District Court for the District of Columbia* Anklage gegen 12 namentlich genannte Mitarbeiter des russischen Militärnachrichtendienstes GRU wegen schwerer Rechtsverletzungen im Rahmen der Eingriffe in den amerikanischen Wahlkampf 2016 erhoben (vgl. auch Congress Report 32, 2017, Heft 1-4, S. 15 ff).

Muellers Team hatte bereits Mitte Februar 2018 Anklage gegen 13 russische Personen und 3 russische Organisationen erhoben, die sich allerdings auf widerrechtliche Wahlkampfaktivitäten in sozialen Netzwerken und in einigen Fällen auch in lokalen Aktionen in den USA konzentrierten.

Die 11 Anklagepunkte gegen die GRU-Mitarbeiter richten sich dagegen auf die Hacker-Angriffe gegen das *Democratic National Committee* (DNC), das *Democratic Congressional Campaign Committee* (DCCC) und Wahlkampfmitarbeiter von Hillary Clinton wie dem Direktor von Clintons Kampagne, John Podesta.

Vor allem die Veröffentlichung der gehackten E-Mails durch Wikileaks und über andere Websites hatten während des Wahlkampfes 2016 zu erheblichen Turbulenzen geführt und mutmaßlich zu der überraschenden Niederlage Clintons gegen Donald Trump beigetragen.

Die Aussichten, dass die genannten GRU-Mitarbeiter tatsächlich vor Gericht erscheinen oder zur Verantwortung gezogen werden können, sind äußerst gering. Präsident Vladimir Putin hatte Präsident Trump in dem gemeinsamen Gespräch im Zuge des Treffens in Helsinki zwar die Möglichkeit einer Befragung der betroffenen Personen im Gegenzug zur Befragung von US-Personen angeboten.

Unbeschadet des von Präsident Trump gezeigten Interesses wurde dies jedoch als nicht ernst zu nehmendes Ablenkungsmanöver eingestuft. Insbesondere die geforderte Befragung des früheren US Botschafters in Russland, Michael McFaul, wurde von Vertretern der Trump-Administration kategorisch abgelehnt.

Die 29-seitige und sehr detaillierte Anklageschrift des Sonderstaatsanwalts hat aber zum einen die Funktion, der russischen Regierung zu zeigen, wie genau die beschriebenen Aktivitäten rekonstruiert werden konnten. Dies gilt als ein wichtiges Mittel der Spionageabwehr.

Zum anderen dokumentiert die Anklageschrift auch für die amerikanische Öffentlichkeit das Ausmaß und den kriminellen Charakter der russischen Wahlkampfeingriffe.

Implizit tritt Muellers Team damit aber auch den fortgesetzten Bemühungen des Präsidenten und seiner Unterstützer entgegen, die Russland-Ermittlungen als reine „Hexenjagd“ (*Witch Hunt*) zu desavouieren.

Präsident Trump und sein Mitarbeiterstab zeigten sich bisher wenig beeindruckt von den neuen Untersuchungsergebnissen. Die offiziellen Reaktionen unterstrichen dagegen, dies alles habe mit Trumps Wahlkampf nichts zu tun. In der Sache ist dies zutreffend, obwohl verschiedene Personen aus dem Trump-Umfeld im Zuge der Darlegungen erwähnt werden.

Eine von *Director of National Intelligence* Dan Coats Ende Juli 2018 veröffentlichte Warnung, dass der russische Geheimdienst seine Hacker-Angriffe und andere Aktivitäten mit Blick auf den laufenden Kongresswahlkampf fortsetzt, unterstreicht die große politische Bedeutung der Ermittlungen.

Muellers Team treibt die Untersuchung der Verbindungen zwischen russischen Akteuren und Trumps Wahlkampf 2015/2016 weiter voran. Über eine Befragung von Präsident Trump durch Muellers Staatsanwälte wird weiterhin verhandelt, wenngleich es sich abzeichnet, dass Trump dies auf Anraten seiner Anwälte ablehnen wird.

Ein schnelles Ende der Russland-Untersuchung wird zunehmend unwahrscheinlich. Angesichts der näher rückenden Kongresswahlen verengt sich der Zeitrahmen für einen Abschluss sichtlich, da unter den Richtlinien des Justizministeriums Anklagen und Berichte im direkten Vorfeld von Wahlen zu vermeiden sind.

4. Defense Authorization 2019 im Vermittlungsausschuss

Die Verhandlungsführer von Senat und Repräsentantenhaus, in denen die Republikaner in der 115. Legislaturperiode (2017-2019) über die Mehrheit verfügen, haben am 11. Juli 2018 die Verhandlungen über die Synchronisierung ihrer Vorlagen zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das Haushaltsjahr 2019 (National Defense Authorization Act (NDAA) for Fiscal Year 2019) aufgenommen. Sie stehen in diesem Jahr unter der Federführung des Senats und dessen Streitkräfteausschuss (*Senate Armed Services Committee*) und sollen bis Ende Juli/Anfang August zu einem Abschluss geführt werden.

In den USA unterscheidet man zwischen der jährlichen Haushaltszuweisung für Verteidigungsausgaben zum einen der Sache (Authorization) und zum anderen der Höhe (Appropriations) nach. Beide Haushaltszuweisungspfade sollen jeweils zum rechnungstechnischen Beginn des Haushaltsjahres, dem 1. Oktober des jeweiligen Vorjahres, abgeschlossen sein, was dem Kongress allerdings in den vergangenen Jahren meistens nicht gelungen ist.

Der Senat hatte seine Vorlage zur Defense Authorization 2019 am 14. Juni 2018 mit 83:14 Stimmen verabschiedet. Sie umfasst 1252 Seiten und kann unter <https://www.govtrack.us/congress/bills/115/hr5515/text> eingesehen werden.

Für die Gesetzesvorlage („John S. McCain National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2019“) sprachen sich 45 Mitglieder der republikanischen Mehrheitsfraktion und 37 demokratische Senatorinnen und Senatoren sowie ein unabhängiger Senator aus. Dagegen stimmten neben vier Republikanern und neun Demokraten auch ein weiterer unabhängiger Senator.

Die Senatsvorlage zum NDAA 2019 sieht die Genehmigung eines Verteidigungshaushalts mit einem Gesamtumfang von 717 Mrd. USD vor, darunter auch 69 Mrd. für so genannte *Overseas Contingency Operations* (OCO), also die Kriegseinsätze der USA vor allem im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika.

Das Repräsentantenhaus hatte seine Vorlage zum NDAA am 24. Mai 2018 mit 351:66 Stimmen verabschiedet. Sie hat einen Umfang von 1800 Seiten und kann eingesehen werden unter: <https://www.congress.gov/115/bills/hr5515/BILLS-115hr5515pap.pdf>.

Zustimmung fand die Vorlage bei 220 Mitgliedern der republikanischen Mehrheitsfraktion und 131 Demokraten, während 7 Republikaner und 59 Demokraten mit Nein stimmten. Die NDAA des Repräsentantenhauses für das kommende Haushaltsjahr 2019 hat einen Umfang von etwas mehr als 708 Mrd. USD, also etwa 9 Mrd. USD weniger als die Senatsvorlage.

Senat und Repräsentantenhaus sprechen sich ein weiteres Mal für ein Verbot der Schließung des kontroversen Gefangenenlagers in Guantanamo Bay aus und wollen auch die Verlegung von *Detainees* in die Vereinigten Staaten weiterhin untersagen (Abschnitte 1021 bis 1025 der Senatsvorlage und Abschnitte 1031 bis 1034 der Vorlage des Repräsentantenhauses). Gegenwärtig befinden sich dort noch 40 Gefangene in der *US Naval Station Guantanamo Bay*, die dort größtenteils schon seit mehr als 10 Jahren festgehalten werden.

Beide Vorlagen unterstützen auch die von Donald Trump geforderte umfangreiche Modernisierung der amerikanischen Streitkräfte im konventionellen und nuklearen Bereich („Building a Modern Force“/„Restoring Readiness“).

Das Repräsentantenhaus betont in seiner Vorlage die Bedeutung des nuklearstrategischen Atomwaffenarsenals für die nationale Sicherheit der USA und die Bedeutung von landgestützten Interkontinentalraketen im Rahmen der Abschreckungstriade der USA.

In Abschnitt 1649 heißt es in diesem Zusammenhang: „It is the sense of Congress that (1) for more than 70 years the nuclear deterrent of the United States has played a central role in the national security of the United States and international stability; (2) the *nuclear forces of the United States have and will continue to play a fundamental role in deterring aggression against the interests of the United States in an increasingly dangerous world*; (3) *strong, credible, and flexible nuclear forces of the United States assure the allies of the United States that extended deterrence guarantees of the United States*

are credible and that the resolve of the United States remains strong in the face of nuclear provocations, including nuclear coercion and blackmail; (4) the 2017 National Security Strategy and the 2018 National Defense Strategy correctly assess that, due to increased global disorder and complexity, the decline of the international rules-based order and security environment, the erosion of the competitive advantages of the United States, *interstate strategic competition must now be the primary focus of the national security strategy of the United States*; (...) (6) the *Russian Federation has elevated the role of nuclear weapons in its strategies*, is developing and deploying new nuclear capabilities (including a recently announced nuclear-powered cruise missile and high-speed nuclear-powered underwater drone), *is violating many arms control agreements* (including the INF treaty), *and has made explicit nuclear threats against the United States and the allies of the United States*“ (Hervorhebungen durch die Redaktion).

Kritiker im Senat wie Senatorin Dianne Feinstein (D-California), die gegen die Annahme der Vorlage zum NDAA 2019 gestimmt hatten, warnten vor einer nuklearen Ausrüstung durch Präsident Trump (vgl. Congress Report, 32, 2017, Heft 11-12, S. 13 ff.). „I don't believe any president needs more nuclear weapons, but I am particularly troubled“, so die Senatorin, „by this administration's statements that it would consider using low-yield nuclear weapons to fight so-called ‚limited‘ nuclear wars“ (siehe Congress Report 33, 2018, Heft 1-4, S. 18 ff.). „Building nuclear weapons for a role beyond deterrence is incredibly reckless. There is no such thing as a ‚limited‘ nuclear war“, fuhr die Demokratin fort und fügte noch hinzu: „While I support our troops and the many key provisions in the defense bill, I voted against it because of the dangerous provisions authorizing a new low-yield nuclear weapon and removing congressional oversight“.

Nach Berechnungen der Experten Hans M. Kristensen und Robert S. Norris von Anfang März 2018 im *Bulletin of the Atomic Scientists* verfügen die USA derzeit über 1350 einsatzbereite nuklearstrategische Gefechtsköpfe und mehr als 2000 weitere auf Lager, von denen allerdings mehrere hundert bis 2030 deaktiviert werden sollen. Weitere 2500 nukleare Gefechtsköpfe sind bereits deaktiviert und befinden sich im Gewahrsam des amerikanischen Energieministeriums. Die Detailinformationen sind einzusehen unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/00963402.2018.1438219>.

Geht es im Rahmen der *Defense Authorization 2019* nach dem Willen des Repräsentantenhauses, dann darf die Zahl der landgestützten Interkontinentalraketen (*Intercontinental Ballistic Missiles*, ICBMs) der USA mit atomaren Gefechtsköpfen zukünftig nicht unter 400 fallen (Abschnitt 1645 der Gesetzesvorlage). Das entspricht genau der Anzahl der derzeit durch die USA vorgehaltenen ICBMs, die allerdings Abschreckungsstrategen auf Grund ihrer Stationierung in festen Silos als theoretisch verwundbar und damit als perspektivisch verzichtbar gelten. Die 400 ICBMs stellen nur einen Teil der so genannten Abschreckungstriade der USA dar, die darüber hinaus aus Atomraketen auf U-Booten und Atombomben und nuklearen Marschflugkörpern auf strategischen Bombern besteht.

5. Senat bestätigt Gina Haspel als neue Chefin der CIA

Der Senat hat am 17. Mai 2018 der umstrittenen Nominierung von Gina Haspel zur neuen Chefin der Central Intelligence Agency (CIA) zugestimmt (siehe Congress Report, 33, 2018, Heft 1-4, S. 15 ff.). Dabei stimmten 54 Senatorinnen und Senatoren für Haspel und 45 sprachen sich gegen die langjährige CIA-Mitarbeiterin aus, die davor als *CIA Deputy Director* fungiert hatte.

Nach Maßgabe der amerikanischen Verfassung (Artikel II, 2) bedarf die Nominierung von Beamten („officers of the United States“) durch den Präsidenten der Zustimmung des Senats („advice and consent of the Senate“).

Präsident Trump konnte Haspel als Nachfolgerin von Mike Pompeo, der seinerseits am 26. April 2018 als neuer Außenminister und Nachfolger von Rex Tillerson vom Senat bestätigt wurde, politisch nur durchsetzen, weil er die Unterstützung einiger Mitglieder der demokratischen Fraktion gewinnen konnte. Im Senat werden gegenwärtig 51 Sitze von den Republikanern, 47 von den Demokraten und zwei von unabhängigen Senatoren gehalten, die sich aber der demokratischen Fraktion zuordnen.

Innerhalb der republikanischen Mehrheitsfraktion stimmten 48 Mitglieder für die Bestätigung von Gina Haspel. Die Republikaner Jeff Flake (Arizona) und Rand Paul (Kentucky) sprachen sich aber gegen die langjährige CIA-Mitarbeiterin aus. Der Republikaner John McCain (R-Arizona) musste der Abstimmung krankheitsbedingt fernbleiben. Unterstützung erhielt die neue CIA-Chefin auch von sechs Demokraten, während die anderen 41 Mitglieder der demokratischen Minderheitsfraktion zusammen mit den beiden unabhängigen Senatoren Bernie Sanders (Vermont) und Angus King (Maine) gegen Gina Haspels Bestätigung als neue CIA-Chefin stimmten.

Die sechs Demokraten, die Donald Trump für Haspel gewinnen konnte, waren:

- Joseph Simon „Joe“ Donnelly Sr. (Indiana), Mary Kathryn „Heidi“ Heitkamp (North Dakota), Joseph Anthony „Joe“ Manchin (West Virginia), Clarence William „Bill“ Nelson Jr. (Florida), Cynthia Jeanne Shaheen (New Hampshire) sowie Mark Robert Warner (Virginia).

Die Kritik an Haspel im Rahmen der Anhörungen zu ihrer Nominierung vor dem Senate Select Committee on Intelligence Anfang Mai 2018 (einzusehen unter: <https://www.intelligence.senate.gov/hearings/open-hearing-nomination-gina-haspel-be-director-central-intelligence-agency>) entzündete sich vor allem an ihrer Beteiligung am Rendition, Detention and Interrogation (RDI)-Programm der CIA in den Jahren 2003 bis 2005. Dabei handelte es sich um ein geheimes Programm, bei dem der Auslandsnachrichtendienst Terrorverdächtige weltweit und zum Teil auf offener Straße verschleppte und in Geheimgefängnissen („black sites“) in Afghanistan, Litauen, Polen, Rumänien und Thailand folterte.

So war Gina Haspel als CIA-Mitarbeiterin 2002 bei Folterverhören von Abu Zubaydah in einer CIA „black site“ in Bangkok, Thailand, mit dem Codenamen „Cat’s eye“ (auch „Detention Site Green“) anwesend, bei denen im August 2002 über einen Zeitraum von drei Wochen neben anderen Foltermethoden auch mehrfach das simulierte Ertrinken („waterboarding“) angewendet wurde.

Des Weiteren war Haspel im Jahr 2005 an der Zerstörung von belastendem Videomaterial im Zusammenhang mit diesen „Befragungen“ Zubaydahs durch ihren Arbeitgeber beteiligt. Ein ursprünglich geheimer Untersuchungsbericht der CIA des damaligen *Deputy CIA-Director* Michael J. („Mike“) Morell zu diesem Vorfall aus dem Jahr 2011 wurde vor kurzem der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und kann unter <https://www.thecipherbrief.com/wp-content/uploads/2018/04/Morell-Memo.pdf> eingesehen werden.

Dort heißt es auf Seite 2: „I have found no fault with the performance of Ms. Haspel. I have concluded that she acted appropriately in her role as Mr. Rodriguez’s Chief of Staff, including in her efforts to press for and facilitate a resolution of the matter, *as well as in drafting of the cable that authorized the destruction of the tapes. She drafted the cable on the direct orders of Mr. Rodriguez; she did not release that cable. It was not her decision to destroy the tapes; it was Mr. Rodriguez’s*“ (Hervorhebung durch die Redaktion). Jose Rodriguez war zum damaligen Zeitpunkt CIA-Director of National Clandestine Services (D/NCS). Gina Haspel war 2005 seine Stabschefin und vollumfänglich über die Zerstörung jenes Videomaterials informiert, dass die Folter Abu Zubaydahs durch die CIA in Bangkok im Jahr 2002 detailliert dokumentierte, bei der sie wiederum, daran gibt es keinen Zweifel, anwesend war.

Das Weißes Haus verteidigte am 8. Mai 2018 in einem „Factsheet“ mit dem Titel: „Gina Haspel Has Defended Our National Security“ das Verhalten Haspels, die nach der Nominierung von CIA-Chef Mike Pompeo für das Amt des Außenministers die Funktion des *CIA Acting Director* übernahm. Das Factsheet kann unter <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/gina-haspel-defended-national-security/> eingesehen werden.

Danach ist Haspel nach einer 33-jährigen Karriere bei der CIA, in der sie unter anderem als „Deputy Director of the CIA, Deputy Director of the Clandestine Service, Chief of Staff for the CIA’s Directorate of Operations“ und „Chief of Station“ fungierte, die erste Frau, die für den Posten der CIA-Chefin der USA nominiert worden ist. Haspel hat danach nicht nur eine Vielzahl von Auszeichnungen für ihre Arbeit durch die CIA erhalten, sondern verfügt auch über umfangreiche Erfahrung in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Nach Ansicht des Weißen Hauses war nicht Haspel für Folterpraktiken der CIA nach dem 11. September 2001, in diesem Zusammenhang bagatellisierend als „Enhanced Interrogation Techniques“ (EITs) bezeichnet, politisch verantwortlich, sondern der Kongress. Schließlich seien die Spitzen der Geheimdienstausschüsse schon 2002 über die

EITs der CIA gegen Terrorverdächtige informiert worden (siehe dazu auch Congress Report, 24, 2009, Heft 5-6, S. 11/12). Haspel habe sich nach Einschätzung des Weißen Hauses immer „ehrenhaft“ und nach „Recht und Gesetz“ verhalten.

Dieser Argumentationslinie folgte auch die neue CIA-Chefin während der Anhörungen zu ihrer Nominierung und betonte wieder und wieder, dass das Verhalten der CIA jederzeit rechtmäßig gewesen sei. Schließlich sei die CIA in ihrem RDI-Programm einer „Executive Order“ des damaligen Präsidenten George W. Bush gefolgt. Allerdings erklärte Haspel auch, dass sie Foltermethoden wie das „waterboarding“ zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr dulden würde. „Having served in that tumultuous time“, so die neue CIA-Chefin, „I can offer you my personal commitment, clearly and without reservation, that under my leadership, CIA will not restart such a detention and interrogation program“.

Das sahen jene 45 Senatorinnen und Senatoren, die gegen Haspels Nominierung zur CIA-Chefin stimmten, freilich ganz anders. Dianne Feinstein (D-California), die im Dezember 2014 in ihrer damaligen Funktion als Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des Senats einen detaillierten Bericht zum Folterprogramm der CIA ab 2002 vorgelegt hatte (einzusehen unter: <https://www.intelligence.senate.gov/sites/default/files/documents/CRPT-113srpt288.pdf>; siehe auch Congress Report, 29, 2014, Heft 11-12, S. 8 ff.), brachte die Kritik auf den Punkt, als sie Folgendes erklärte: „The bottom line is this: No one has ever been held accountable for the torture program and I do not believe those who were intimately involved in it deserve to lead the agency“.

Dann fügte Senatorin Feinstein zur Begründung ihrer Ablehnung der Nominierung von Gina Haspel zur neuen CIA-Chefin der USA noch Folgendes hinzu: „If Ms. Haspel is confirmed, it would send the wrong message to the country and to the world. It would send the wrong message that *America has abdicated its moral authority*. It would send the wrong message that *we condone behavior that belies the conscience and the values of this nation*. When the Obama administration chose not to prosecute those involved in the CIA’s torture program, they claimed we were moving forward, not backward. To elevate a *person with reportedly intimate involvement in a torture program* to lead our Central Intelligence Agency would signal to our allies and our enemies that we are looking backward. This *nomination is, in effect, a referendum on whether America condones the use of torture*“ (Hervorhebungen durch die Redaktion).

Präsident Trump hat insinuiert, dass Folter funktioniert („torture works“), was auch eine normative Botschaft beinhaltet. Auf die Frage einer Senatorin während der Nominierungsanhörungen Haspels, ob sie mit der Einschätzung des Präsidenten übereinstimme oder Folterpraktiken für „unmoralisch“ halte, erwiderte die neue CIA-Chefin: „I believe that CIA did extraordinary work to prevent another attack on this country given the legal tools that we were authorized to use“.

6. Republikanische Einwanderungsreform scheitert im Repräsentantenhaus

Im Repräsentantenhaus sind Ende Juni 2018 zwei Vorlagen zur Reform des Einwanderungsrechts gescheitert, die darauf abstellten, einen Kompromiss zwischen Präsident Donald Trumps Forderungen und den Vorstellungen der republikanischen Fraktion zu bezeichnen.

Beide republikanischen Vorlagen versuchten ein Aufenthaltsrecht für die so genannten *DACA Kids* (*Deferred Action for Childhood Arrivals*) mit Beschränkungen der Einwanderung und Finanzmitteln für den von Präsident Donald Trump geforderten Bau einer Grenzmauer an der Grenze zu Mexiko zu verknüpfen.

Am 21. Juni scheiterte zunächst die konservative Vorlage des Vorsitzenden des *House Committee on the Judiciary*, Robert William „Bob“ Goodlatte (R-Virginia), mit 193 gegen 231 Stimmen. In der Abstimmung stimmten 41 Republikaner mit der gesamten demokratischen Minderheitsfraktion, um die Vorlage zurückzuweisen.

Nach einer erneuten Verzögerung der Abstimmung scheiterte eine zweite Variante eines republikanischen Kompromissvorschlages am 27. Juni mit 121 gegen 301 Stimmen. Dabei stimmten 112 Republikaner mit der gesamten demokratischen Fraktion gegen die Vorlage.

Die fehlende Zustimmung von Seiten der Demokraten im Repräsentantenhaus zeigt, dass keine der beiden Vorlagen eine Chance hatte im Senat angenommen zu werden. Im Senat ist die Hürde für reguläre Gesetzesvorlagen mit 60 von 100 Stimmen höher, weil die Minderheit hier durch ein *Filibuster* eine Abstimmung verhindern kann.

Die Republikaner unter Führung von Bob Goodlatte hatten zu keinem Zeitpunkt versucht, in Verhandlungen mit der demokratischen Fraktion zu treten oder auch nur einzelne Demokraten für ihre Reformpakete zu gewinnen.

Die republikanische Fraktionsführung reagierte auf Druck des linken Flügels der Partei, der gedroht hatte zusammen mit den Demokraten eine eigene Kompromissvorlage zur Abstimmung zu bringen. Eine Gruppe von gemäßigt konservativen Republikanern um Jeffrey John „Jeff“ Denham (California) hatte versucht über eine Petition („discharge petition“), die 218 Stimmen benötigt, eine Abstimmung über ihre Vorlage zu erzwingen.

Die drohende Revolte gegen die republikanische Führung des Repräsentantenhauses um *Speaker* Paul Ryan konnte mit den Abstimmungen zwar abgewendet werden. Doch der Fehlschlag des Versuchs, die Fraktion auf einen eigenen Lösungsvorschlag einzuschwören zeigt deutlich, wie tief die Kluft zwischen dem rechten und linken Flügel der Partei in der Frage der Einwanderungspolitik ist.

Dies dokumentiert nicht nur die politische Schwäche von Speaker Ryan, der zuvor seinen Rückzug zum Ende der Legislaturperiode angekündigt hatte (siehe Punkt 9), sondern auch die Präsident Trumps, der sich für die Bewilligung von Finanzmitteln zum Bau einer Grenzmauer in beiden Vorlagen eingesetzt hatte.

Selbst ein eilig organisiertes Treffen Trumps mit republikanischen Abgeordneten war erfolglos, sodass sich der Präsident nach dem Scheitern genötigt sah, sich über Twitter gänzlich von den Reformanläufen zu distanzieren und die Schuld für den Fehlschlag der demokratischen Opposition zuschob.

7. Führende Demokraten im Senat kritisieren Präsident Trumps Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran

Im Senat hat eine Gruppe von Demokraten die Entscheidung Präsident Trumps vom 8. Mai 2018, das Atomabkommen mit dem Iran (*Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA*) vom Juli 2015 (vgl. Congress Report 30, 2015, Heft 5-8, S. 1 ff.) einseitig aufzukündigen, scharf kritisiert.

In einem offenen Brief, der von

- Mark R. Warner (D-Virginia), Dianne Feinstein (D-California), John Francis „Jack“ Reed (D-Rhode Island), Sherrod Brown (D-Ohio), Patrick Leahy (D-Vermont), Richard Joseph „Dick“ Durbin (D-Illinois), Patricia Lynn „Patty“ Murray (D-Washington), Bernard „Bernie“ Sanders (I-Vermont), Thomas R. „Tom“ Carper (D-Delaware), Thomas Stewart „Tom“ Udall (D-New Mexico), Amy Klobuchar (D-Minnesota) und Maria E. Cantwell (D-Washington)

unterzeichnet wurde, wird die Entscheidung als nachteilig („detrimental“) für die nationale Sicherheit der USA bezeichnet.

Die Senatorinnen und Senatoren werfen Trump vor, mit seiner Entscheidung die „Beziehungen zu den Partnern und Verbündeten“ stark zu belasten. Das Schreiben kann eingesehen werden unter: <https://www.feinstein.senate.gov/public/index.cfm/press-releases?id=A88CD967-5FDA-4AB9-A9C8-96A9A00E7631>.

Dianne Feinstein, eine der Mitunterzeichnerinnen, spricht von einem „strategischen Fehler“. „The president’s desire to fulfill a campaign promise“, so die einflussreiche demokratische Senatorin, „has further diminished our nation’s credibility, weakening our standing in the world“.

Präsident Trump warf dem Iran vor trotz JCPOA an seinen nuklearen Ambitionen festgehalten zu haben. Seine Rede vom 8. Mai 2018 ist unter <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-joint-comprehensive-plan-action/> einzusehen.

Das Atomabkommen, das im Juli 2015 von den USA unter Präsident Barack Obama gemeinsam mit der VR China, Frankreich, Großbritannien, Russland und Deutschland („P5+1“) mit dem Iran geschlossen wurde, bezeichnete Trump als „horrible, one-sided deal that should have never, ever been made“. Das Verifikationsregime des Abkommens reiche nicht aus, um Vertragsverletzungen des Iran aufzuspüren und die Regierung in Teheran bleibe der „führende staatliche Sponsor terroristischer Aktivitäten im gesamten Nahen und Mittleren Osten“. Hier würden keine Verträge, sondern nur weitere Sanktionen helfen, um das „iranische Regime“ zu Fall zu bringen.

Auch Mike Pompeo, 2017/2018 Chef der CIA, der zwischenzeitlich Rex Tillerson im Amt des Außenministers ersetzt hat (vgl. Congress Report 33, 2018, Heft 1-4, S. 10 ff. sowie Punkt 5), sprach sich für die einseitige Aufkündigung des JCPOA durch die USA aus. Unterstützung erhielt er dabei vom neuen Sicherheitsberater John Bolton, der ebenfalls zum Ausdruck brachte, dass das Abkommen „grundsätzlich fehlerhaft“ sei.

Da half es nicht, dass die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO), die für die Verifikation des JCPOA zuständig ist, dem Iran wieder und wieder bescheinigte, dass er sich bisher an das Verbot der Herstellung von Nuklearwaffen im Rahmen des Abkommens gehalten hat. Trump verwies stattdessen auf Informationen israelischer Nachrichtendienste, die genau das Gegenteil behaupteten. Auch war es ihm scheinbar egal, dass sich die USA mit ihrer einseitigen Entscheidung von ihren Partnern isolierten. Der Präsident blieb, wie schon im Präsidentschaftswahlkampf, bei seiner Überzeugung: Der Iran habe den JCPOA „in bad faith“ abgeschlossen und das Abkommen gäbe „too much in exchange for too little“.

Senator Jeffrey „Jeff“ Merkley (D-Oregon) brachte das zu folgender Bemerkung: „President Trump’s own State Department, along with leaders like Secretary of Defense Mattis and Chairman of the Joint Chiefs of Staff General Dunford, have certified that Iran has continued to fulfill its nuclear-related commitments and that staying in the deal is in the United States’ national interest. (...) Critical U.S. allies – particularly the European Union, United Kingdom, France, and Germany – have continued to stress that the implementation of the JCPOA is vital to global security. Not only does President Trump’s violation of the deal isolate the United States, rather than Iran, from these partners and the international community, it delivers a blow to global non-proliferation efforts“.

8. Anhörungen im Senat zu neuem Ermächtigungsgesetz für den Krieg gegen den internationalen Terrorismus

Im Senat haben im Mai/Juni 2018 Anhörungen zu einem neuen Ermächtigungsgesetz des Kongresses im Rahmen des Krieges der USA gegen den internationalen Terrorismus stattgefunden (vgl. auch Congress Report 32, 2017, Heft 5-8, S. 16 ff.).

Die USA bekämpfen den internationalen Terrorismus derzeit in Afghanistan, dem Irak, Syrien, dem Jemen, in Somalia, in Libyen und im Niger. Sie tun dies mit Ausnahme des Truppeneinsatzes im Irak auf der Basis einer 17 Jahre alten Authorization for Use of Military Force (AUMF, Public Law 107-40), die der Kongress kurz nach dem 11. September 2001 verabschiedet hatte (vgl. Congress Report, Jahrgang 16, 2001, Heft 10, S. 1).

In den USA liegt das Recht zur Kriegserklärung („war powers“) laut Verfassung von 1787 eigentlich beim Kongress (Artikel I, 8), der jedoch nur wenige Male in der 231-jährigen Geschichte der Vereinigten Staaten formal davon Gebrauch gemacht hat.

In der AUMF des Jahres 2001 gestand die Legislative dem Präsidenten im Rahmen einer Blankovollmacht den umfassenden Einsatz von Streitkräften („all necessary and appropriate force“) gegenüber jenen „Nationen, Organisationen oder Personen“ zu, für die der *Commander-in-Chief* feststellt, dass sie die Terrorangriffe des 11. September „geplant, autorisiert oder begangen haben“. Dabei schloss der Kongress auch „future acts of international terrorism against the United States by such nations, organizations or persons“ ausdrücklich mit ein, was einer kompletten Selbstentmachtung der Legislative im Rahmen ihrer War Powers gleichkam.

Der Vorsitzende des Senate Foreign Relations Committee (SFRC), Robert Phillips „Bob“ Corker (R-Tennessee) und Senator Timothy Michael „Tim“ Kaine (D-Virginia), demokratisches Mitglied des Ausschusses, wollen das nun ändern und haben dazu Senate Joint Resolution 59 („Authorization for Use of Military Force of 2018“) eingebracht. Sie kann eingesehen werden unter: <https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/DAV18476.pdf>. Die Resolution wird auch von den Ausschussmitgliedern Jeffrey „Jeff“ Flake (R-Arizona), Todd Young (R-Indiana) und Christopher Andrew „Chris“ Coons (D-Delaware) unterstützt.

Ziel der Gesetzesinitiative ist es,

- die Rolle des Kongresses bei der Kriegsermächtigung und der Überwachung des Einsatzes amerikanischer Streitkräfte in Kampfhandlungen zu stärken („to reassert the role of Congress in authorizing and conducting oversight of the use of military force“).

Dazu soll die AUMF des Jahres 2001 widerrufen und durch „Senate Joint Resolution 59“ (auch *Corker-Kaine AUMF* genannt) ersetzt werden. „Our legislation“, so Senator

Corker, „gives the administration the flexibility necessary to win this fight while strengthening the rightful and necessary role of Congress“.

Der Auswärtige Senatsausschuss führte in diesem Zusammenhang am 16. Mai 2018 öffentliche Anhörungen durch, bei denen die Juristen John B. Bellinger III und und Rita M. Siemion zu Rate gezogen wurden.

Bellinger war an der Formulierung der AUMF des Jahres 2001 beteiligt und während der Präsidentschaft George W. Bushs (2001-2009) als juristischer Berater im *National Security Council* und im *State Department* tätig. Derzeit ist er Partner in der Anwaltskanzlei *Arnold & Porter* und *Adjunct Senior Fellow* des *Council on Foreign Relations*. Siemion ist Rechtsberaterin von *Human Rights First* und Honorarprofessorin am *Georgetown University Law Center*.

Bellinger (Statement einzusehen unter: https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/051618_Bellinger_Testimony.pdf) hält eine neue AUMF für unverzichtbar. „An updated AUMF is both legally important to *give our military clear statutory authority to fight terrorist groups* that threaten the United States and constitutionally important to *demonstrate that Congress has authorized and supports the actions our military is taking*, rather than simply acquiescing in increasingly strained Executive branch interpretations of the 2001 AUMF“, so Bellinger (Hervorhebungen durch die Redaktion).

Aus seiner Sicht sollte eine neue AUMF geografisch und zeitlich nicht begrenzt sein. Auch sollte sie die Inhaftierung von Terrorismusverdächtigen („detention of terror suspects“) ausdrücklich miteinbeziehen. Bellinger sprach sich gegen jede Form des „Micromangement“ durch den Kongress beim Einsatz amerikanischer Streitkräfte aus. „The President and the military need flexibility to conduct necessary military operations to defend the United States“, wie der Jurist es vor dem SFRC formulierte.

Auch Siemion spricht sich für eine neue AUMF aus und hält den Status quo für verfassungspolitisch hoch problematisch. Ihr sehr lesenswertes Statement kann eingesehen werden unter: <https://www.humanrightsfirst.org/sites/default/files/SFRC%20hearing%20testimony%20final%20%28Rita%20Siemion%29.pdf>.

Für Siemion hat es der Kongress bei seiner AUMF des Jahres 2001 versäumt, eine Brandmauer gegen exekutiven Missbrauch einzuziehen und sich im Grunde selbst aus dem Entscheidungsprozess ausgeschlossen („Congress cut itself out of the decision-making process“).

Die Corker-Kaine-Vorlage würde die Situation nicht verbessern, sondern noch verschlimmern, da der Präsident jederzeit neue Gruppen und Länder im Kampf gegen den internationalen Terrorismus hinzufügen könnte („no meaningful restraints, no meaningful gains in transparency or congressional oversight, and no expiration date“). Der Re-

solutionsentwurf Corkers und Kaines würde vielmehr die Ausweitung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus auf nunmehr acht Gruppierungen und sechs Staaten zementieren und das amerikanische Verfassungssystem auf den Kopf stellen. „This scheme“, so Siemion, „would flip our constitutional system on its head – *providing this president – and all future presidents – with unilateral authority to go to war with an untold number of unnamed groups and in any country in the world indefinitely into the future, possibly for decades*“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

Kritik an der Vorlage von Corker-Kaine zu einer neuen AUMF durch den Kongress kam auch vom republikanischen Senator Rand Paul (Kentucky), der am 6. Juni 2018 in seiner Funktion als Vorsitzender des *Senate Subcommittee on Federal Spending Oversight and Emergency Management* ebenfalls öffentliche Anhörungen zur Gesamthematik durchgeführt hat. In diesem Zusammenhang war unter anderem Jonathan Turley, Rechtsprofessor an der *George Washington University*, vor den Unterausschuss des *Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs* geladen worden. Sein Statement kann eingesehen werden unter: <https://jonathanturley.files.wordpress.com/2018/06/testimony-turley-senate-judiciary-war-powers-final-testimony.pdf>.

Turley hält die Corker-Kaine-Vorlage für verfassungspolitisch hoch problematisch. „The new AUMF would codify the long-sought desire of Congress to be a mere pedestrian to the prosecution of wars of the United States“, so Turley, der dann ausführt: „Rather than seek to amend the Constitution to firmly surrender its institutional authority, members are constructively rewriting Article I, Section 8 in a more user-friendly form that does not require express declarations or even reauthorizations. (...) This blank check therefore will have not only an unstated purpose but an unstated amount. Under those conditions, we have already had roughly 17 years of war and could just well have 170 more“.

Senator Jeffrey „Jeff“ Merkley (D-Oregon), ebenfalls Mitglied des *Senate Foreign Relations Committee*, hat zwischenzeitlich einen Alternativentwurf für eine neue *Authorization for Use of Military Force* eingebracht. Dieser kann eingesehen werden unter: <https://www.lawfareblog.com/document-sen-jeff-merkley-releases-draft-aumf>.

Zur Begründung führte Merkley Folgendes aus: „*The framers of our Constitution did not intend for the president to have unchecked powers to wage war. They gave the power to declare war to Congress, because Congress most directly represents the American families who send their sons and daughters into harm’s way when our nation makes the solemn decision to go to war. We shouldn’t be flipping that constitutional authority on its head by giving the President the power to start and expand wars while leaving Congress with the impossible task of overriding Presidential actions*“ (Hervorhebungen durch die Redaktion).

9. Speaker Ryans Rückzugsankündigung löst Kampf um Nachfolge aus

Speaker Paul Ryan (R-Wisconsin) hat im April 2018 bekannt gegeben, dass er in den Kongresswahlen im November nicht erneut antreten wird. Ryans Rückzug kommt nicht ganz überraschend. Die Medien hatten seit einigen Monaten darüber spekuliert. Die Veröffentlichung der Entscheidung hat nun eine intensive Debatte sowohl über die Hintergründe wie auch über seine Nachfolge ausgelöst.

Speaker Ryan verwies auf persönliche und familiäre Gründe, die allerdings kaum überzeugen. Ryan hätte seiner Partei beispielsweise mit seinem Image als relativ geschliffen auftretender und nicht polarisierender Politiker und mit seinen erwiesenen Fähigkeiten in der Einwerbung von Geldspenden in den kommenden Wahlen helfen können, um danach eine geordnete Übergabe der Führung zu organisieren.

Dass er einen anderen Weg gewählt hat, deutet auf ein Bündel von Faktoren hin, wie die Zwischenwahlen im November, die Zerrissenheit der Partei und das problematische Verhältnis Ryans zu Präsident Trump.

Pointiert zusammengefasst tritt Ryan auf dem Höhepunkt seiner bisherigen Karriere ab. Er kann auf die erfolgreiche Verteidigung der Mehrheit im Repräsentantenhaus 2016 sowie auf die für die Republikaner so wichtige Durchsetzung der Steuerreform von 2017 verweisen (siehe dazu Congress Report, 32, 2017, Heft 11-12, S. 1 ff.). Mit Blick auf eine eventuelle Niederlage im November 2018 und des Aufbrechens offener Konflikte in der Fraktion und zwischen Kongress und Präsident wahrt er sich damit eine deutlich bessere Ausgangsposition für weiterreichende Ambitionen in einer Nach-Trump-Ära.

Ein republikanischer Mehrheitsverlust in den anstehenden Wahlen gilt keineswegs als sicher. Zwar haben die Demokraten in einer Reihe von Nachwahlen auf Bundes- und Einzelstaaten gewonnen und selbst bei Niederlagen regelmäßig überdurchschnittliche Stimmanteile erzielt. Die laufenden Umfragen deuten zudem darauf hin, dass die demokratische Basis eine deutlich höhere Motivation zeigt als die republikanische und dass sich parteiunabhängige Wähler mehrheitlich von Präsident Trump abwenden.

Offen ist aber unverändert, ob der Rückenwind für die Demokraten für eine „blue wave“, eine Welle in der Parteifarbe der Demokraten, reicht. Die Republikaner setzen darauf, dass die gute Wirtschaftslage und die Fähigkeit Trumps, die Parteibasis zu motivieren, die erwarteten Verluste begrenzt.

Sicher ist jedoch, dass die bisher komfortable republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus zusammenschmelzen wird. Selbst unter einem neuen republikanischen Speaker würde die Führung der in vielen Fragen gespaltenen Fraktion noch schwieriger als sie es ohnehin schon ist (siehe auch Punkt 6).

Die großen Konsensthemen des Wahlkampfes 2016 wie Steuerreform, Gesundheitsreform und die Erhöhung der Verteidigungsausgaben sind weitgehend abgearbeitet. Die

verbleibenden Themen wie Haushaltsdefizit, Immigration, Infrastruktur oder die Reform der Sozialprogramme sind in der republikanischen Partei kontrovers und nur mit Hilfe der Demokraten zu lösen.

Nimmt man zudem den offenen Bruch der republikanischen Fraktionen im Kongress mit dem Präsidenten in der Russlandpolitik und die bisher nicht absehbaren Ergebnisse der Untersuchung der russischen Eingriffe in die Wahlen 2016 in den Blick (siehe Punkt 3), wird ersichtlich, dass die Vorzeichen auf turbulente Zeiten bis zu den Novemberwahlen und auch darüber hinaus hindeuten.

Einen Vorgeschmack auf die zu erwartenden Turbulenzen bietet der sich abzeichnende Kampf um die Nachfolge Ryans. Schon Ryans Ankündigung führte zu Versuchen, seinen sofortigen Rücktritt als *Speaker* zu erzwingen. Dies konnte die Parteiführung abwenden, aber Ryan verfügt nicht mehr über die Stärke, die Fraktion zu führen und gegebenenfalls zu disziplinieren.

Darüber hinaus konnten *Speaker* Ryan und die Führungsriege keinen Kronprinzen küren, der über einen breiten Rückhalt in der Fraktion verfügt, um so einen geordneten Übergang zu gewährleisten.

Majority Leader Kevin McCarthy (R-California) ist als der zweithöchste Repräsentant der Fraktion der „natürliche“ Nachfolgekandidat von *Speaker* Ryan. McCarthy hat seine Kandidatur allerdings noch nicht öffentlich erklärt.

Neben der langjährigen Karriere in der Parteihierarchie liegt McCarthys Stärke in seinen Verbindungen zu allen Teilen der Fraktion und in seiner Fähigkeit, ähnlich wie Ryan enorme Geldsummen von Unternehmen, Verbänden und Großspendern für die Partei einzuwerben. Seine dezidierte Schwäche ist aber seine politisch-inhaltliche und ideologische Profillosigkeit.

Genau an diesem Schwachpunkt setzt die ebenfalls noch nicht erklärte Bewerbung von Majority Whip Steve Scalise (R-Louisiana) an. Scalise war im Juni 2017 bei einem politisch motivierten Anschlag auf ein Baseball-Team seiner Fraktion schwer verwundet worden. Nach mehreren Operationen und einer langwierigen Rehabilitationsphase konnte er seine Arbeit im Kongress dann wieder aufnehmen.

Die Stärke von Scalise, seit 2012 Vorsitzender des *Republican Study Committee* (RSC), der Organisation konservativer Republikaner im Repräsentantenhaus, ist, dass er tief im ideologischen *Mainstream* der Fraktion verankert und vernetzt ist. Darüber hinaus verfügt er als dritthöchster Repräsentant seiner Fraktion über breite Kontakte.

Scalise hat sich bisher bedeckt gehalten, seine Unterstützung für Kevin McCarthy erklärt, und die Bewerbung um die Nachfolge *Speaker* Ryans daran gebunden, dass McCarthy die erforderlichen Stimmen für die Wahl zum *Speaker* verfehlt. An diesem Punkt setzt die Kandidatur von James Daniel „Jim“ Jordan (R-Ohio) an.

Jim Jordan ist eines der profiliertesten Mitglieder des *Freedom Caucus*. Der *Freedom Caucus* unter Vorsitz von Mark Randall Meadows (R-North Carolina) ist eine informelle Gruppierung republikanischer Abgeordneter, die sich als Vertreter der *Tea Party*-Bewegung verstehen. Seit dem Wahlsieg Donald Trumps hat sich die 30 bis 40 Mitglieder umfassende Gruppe als engster und lautstärkster Verbündeter des Präsidenten präsentiert.

Jordans Kandidatur hat bezeichnenderweise die Unterstützung von Sean Hannity erhalten. Hannity ist der quotenstärkste Star von *Fox News* in der Rubrik Meinungsjournalismus und ein enger Freund und Berater von Präsident Trump. Jordans Bewerbung hat zwar keinerlei Chance auf Erfolg, aber sie könnte nach den Novemberwahlen zum Kongress McCarthy die notwendige 218-Stimmen-Mehrheit für die Wahl zum *Speaker* verbauen.

Verfehlt McCarthy die erforderliche Mehrheit, ist die Nachfolge Speaker Ryans vollkommen offen. Dann wäre ein Machtkampf um die Führung der republikanischen Fraktion zwischen den verschiedenen Flügeln der Partei und den Anhängern Präsident Trumps unumgänglich.

Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion

Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Herausgeber

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Politikwissenschaft II

Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/
publikation/congress-report](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikation/congress-report)